

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

15.12.1931 (No. 347)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Industrie- und Handelszeitung

Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. Bräuer; für Baden, Vorkales u. Sport: Fred. Beck; für Deutschland und „Pyramide“: Karl Döhr; für Musik: H. H. Döhr; für Literatur: H. Schärer; sämtlich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. Berliner Redaktion: W. Pfeiffer, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 68. Tel.-Amt 2, Flora 3518 für unregelmäßige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 208 und Karl-Friedrich-Str. 6. Fernr. 18, 19, 20, 21. Postfachkonto: Karlsruhe 9547.

Die Schweiz kündigt den Handelsvertrag.

In voller Eile.

Am Montag begannen in Berlin im Auswärtigen Amt Verhandlungen über die Abänderung des deutsch-rumänischen Handelsvertrages für die Zeit, bis der am 27. Juni geschlossene deutsch-rumänische Handelsvertrag in Kraft treten kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah in ihrer gestrigen Sitzung gegen die Abänderung des Handelsvertrages ausproben.

Der Führer des Reichsbanners, Hörsing, hat einen längeren Urlaub angetreten. Die vorläufige Führung des Reichsbanners übernimmt der zweite Führer des Reichsbanners, Hölzer. Es ist damit zu rechnen, daß Hörsings Austritt von der Leitung des Reichsbanners erfolgen wird.

Der Vertreter Hollands im Sonderauschuss Dr. H. J. K. erklärte, daß die deutschen Tributzahlungen aus für die Gewährung von mehr Waren als Nutzen anstehen würden und daß die Fortsetzung eine Katastrophe für die Welt bedeuten würde.

Obgleich wegen der vom 22. Dezember bis zum 4. Januar dauernden Kongressferien, mit der Entscheidung über die Annahme des Hoover-Vertrages wahrscheinlich erst Mitte Januar zu rechnen ist, berichtet doch in amerikanischen Regierungsstellen hinsichtlich dieser Angelegenheit der größte Optimismus. Untersekretär Mills wies in einer langen Erklärung darauf hin, daß seinerzeit 88 Senatoren und 276 Abgeordnete dem Hoover-Plan zustimmten hätten.

Der frühere Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt, Fritz Ehrenfest, ist in Libanon Grund eines österreichischen Stadtrates geworden, da er sich an Bord eines Dampfers begeben wollte.

Am Sonntag ereignete sich in Belmont ein Brand, der eine starke Explosion, die, wie man annimmt, durch gestohlene Sprengstoffmengen hervorgerufen worden ist.

In Graz begann der Prozeß gegen die Gewerkschaftsführer mit der Vernehmung Dr. ...

Nach einer Meldung aus Schanghai hat Präsident Tschiang Kai-schek der chinesischen Regierung am Sonntag sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Begründung erklärt er, die Unzufriedenheit über seine Tätigkeit sei in der letzten Zeit sehr gewachsen, daß er nach seiner Auffassung nicht mehr das Vertrauen der Partei und der Nation besitze.

Wie aus Tokio gemeldet wird, hat die japanische Regierung die Aufgabe des Goldstandards beschlossen.

Der größte Teil der am Sonntag bei einem Unfallschiffbruch in der Ostsee ertrunkenen Schiffe, die einen Wert von 30 000 Mark hatten, durch eine unbekannt gebliebene Person bei der Besatzung des Schiffes wieder abgeholt worden. Der Dieb hat inzwischen offenbar Gewissensbisse bekommen.

In der Familientragödie, die sich am Sonntag in der Provinz abspielte, wurden zwei Personen durch einen Unfall getötet. Die Frau des Mannes wurde durch einen Unfall getötet. Er lag mit einem schweren Nervenzusammenbruch im Krankenhaus.

Churchill verunglückt.

London, 14. Dez. Nach einer Meldung aus New York wurde der britische konservative Minister Winston Churchill bei einem Überfall eines Automobilverkehrsunglücks von einem Automobil überfahren. Er erlitt Verletzungen an Bein und Nase und verrenkte sich die rechte Schulter. Nach den Feststellungen der Ärzte ist Churchill 57 Jahre alt.

Keine Eröffnung des Zollkriegs?

Einfuhrbeschränkungen von der Schweiz geplant.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pl. Berlin, 14. Dez.

Die Schweiz hat jetzt die Folgerungen aus dem ergebnislosen Verlauf der Berliner Wirtschaftsbesprechungen gezogen. Der Schweizerische Bundesrat hat am Montag beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland zum 4. Februar zu kündigen. Der Bundesrat erklärt sich jedoch zu weiteren Verhandlungen mit Deutschland über eine Regelung des Handelsverhältnisses nach dem 4. Februar bereit. Die Kündigung bedeutet, wie in Bern betont wird, keineswegs die Eröffnung eines Zollkrieges. Bundesrat Schulthess, der Leiter des Volkswirtschafts-Departements, wird dem noch tagenden Parlament eine Vorlage über den Erlass von Einfuhrbeschränkungen, die bereits vor einigen Tagen angekündigt wurden, nunmehr unterbreiten.

In Berlin war man nach dem Verlauf der letzten Besprechungen auf diesen Schritt der Schweiz gefaßt, und man war daher durch den Beschluß der Schweiz, den Handelsvertrag zu kündigen, keineswegs überrascht. Man steht auch in Kreisen der Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß der nun eingetretene Vertragsloszustand mit der Bezeichnung „Zollkrieg“ nicht getroffen wird.

Die Schwierigkeiten der Schweiz werden auch durchaus anerkannt. Man erwartet jedoch von der Schweizerischen Regierung das Verständnis dafür, daß die Lage Deutschlands noch viel schwieriger ist. Wenn Deutschland in seiner bekannten Finanzlage ohnehin nur die Möglichkeit hat, seine Schulden durch Warenlieferungen abzutragen — eine Aufgabe, die in den schwebenden internationalen Finanzverhandlungen in Berlin die Grundlage bildet — kann sich auch keine deutsche Regierung finden, die ihre Ausweglosigkeit freiwillig beschneiden würde, indem sie die von der Schweiz zugemutete Kontingentierung anerkennt.

Im übrigen werden in den nächsten Tagen Handelsvertragsverhandlungen auch mit Frankreich im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen aufgenommen werden, für die ein deutsches Eingehen auf die schweizerischen Kontingentierungswünsche eine gefährliche Präjudiz darstellen würde. In den Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag wird nämlich die von Frankreich seit einiger Zeit eingeschlagene Kontingentierungspolitik eine wesentliche Rolle spielen. Wenn auch der französische Handelsminister Rollin erklärt hat, daß Frankreich

den deutsch-französischen Handelsvertrag vom 17. August 1927 aufrechterhalten will, so müssen die von Frankreich bereits eingeführten und noch weiter beabsichtigten Kontingentierungen zu einer starken Beeinträchtigung des deutschen Außenhandels mit Frankreich führen, während auf der anderen Seite Frankreich alle seine Warenkategorien in unbegrenzten Mengen einführen kann. In eine Erhöhung der im deutsch-französischen Handelsvertrag festgesetzten Zollsätze scheint Frankreich allerdings nicht zu denken. Es wird Aufgabe der am Dienstag beginnenden Verhandlungen sein, in dieser Frage eine Verständigung zu erzielen.

Die Besprechungen der französischen Minister mit dem englischen Botschafter in Paris über die Angleichung der beiderseitigen Schutzzollmaßnahmen scheinen von Erfolg gekrönt zu sein. In gut unterrichteten französischen Kreisen wird die Vermutung bestätigt, daß der französische Sonderzoll von 15 v. H. bei der Einfuhr von englischer Wolle nicht zur Anwendung kommen soll.

Der Unsegen der Tribute

Colijn (Holland) über die schädlichen Auswirkungen.

Basel, 14. Dez.

In der Montag vormittag Sitzung des Sonderauschusses erhaltete der holländische Minister Colijn ein eingehendes Referat über die Auswirkungen der deutschen Tributzahlungen auf den internationalen Weltmarkt und die Handels- und Wirtschaftspolitik der verschiedenen europäischen und außereuropäischen Länder. Dem Ernst dieser Darlegungen, die auf genauer Kenntnis und Beobachtung des wirtschaftlichen Lebens und der volkswirtschaftlichen Gesamtsituation basierten, konnte sich keiner der Vertreter verschließen.

Diese Darlegungen wurden später noch von Dr. Bindsheder, dem Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt ergänzt.

Colijns Ausführungen zielten darin, daß die Reparationen nicht nur für die Schuldner, sondern vor allem auch für den Gläubiger mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben und daß ihre Fortsetzung für die Welt eine Katastrophe bedeute. Nach Dr. Bindsheder gab auch der südlawische Vertreter Juritsch noch eine Erklärung zur Weltlage ab.

Der Statistische Unterausschuß setzte auch am Montag seine Prüfung der deutschen Nettoverschuldung fort. Die Arbeit ist außerordentlich kompliziert und kommt nur langsam vorwärts.

Italienisches Kriegsfahrzeug gesunken

30 Matrosen beim Untergang eines Tenders ertrunken.

Rom, 14. Dez.

Der Tender der italienischen Kriegsmarine, „Teleso“ (das ehemalige österreichische Hilfsschiff „Cecilia“) ist bei der Insel Favolara in der Nähe von Sardinien gesunken. Von der Besatzung, die 148 Mann zählte, haben nach den amtlichen Meldungen, 36 den Tod in den Wellen gefunden. 112 konnten gerettet werden. Auch der deutsche Dampfer „Trapani“ hat sich an dem Rettungswerk beteiligt.

Am Sonntag um elf Uhr gab der Tender Notsignale. Er meldete Mastbruch, Steuerhavarie, Wasser im Kesselraum, gekochte Kessel und stehengebliebene Maschine. Zur Hilfe wurden sofort mehrere Schiffe entsandt. Gleichzeitig erhielten die Kreuzer „Trient“ und „Ancona“ Befehl, an die Unfallstelle zu eilen. Um 17 Uhr verlor der deutsche Dampfer „Trapani“, der den „Teleso“ gesichtet hatte, zu Hilfe zu eilen, konnte aber infolge des Unwetters nicht ausgerichten. Ein Schlepper war ebenfalls gezwungen, in den Hafen zurückzukehren. Zwei Dampfer gelangten nacheinander in die Nähe des „Teleso“, der sich um 18 Uhr 20 Meilen von der Insel Favolara (Sardinien) entfernt befand.

In der Nacht traf der Kreuzer „Trient“ ebenfalls an der Unfallstelle ein. Er versuchte vergeblich, den „Teleso“ ins Schlepptau zu nehmen, da das Unwetter es nicht gestattete. Rettungsboote auszuweichen. Um 9 Uhr 30 ist der „Teleso“ gesunken. Der größte Teil der Besatzung ist gerettet worden dank dem Opfermut der Hilfskräfte. Der Kreuzer „Ancona“ ist an der Unfallstelle geblieben, um nach weiteren Opfern zu suchen. Die übrigen Schiffe sind in den Hafen zurückgekehrt.

Aus großen Teilen Italiens kommen Meldungen über schwere Unwetterkatastrophen. In Sarno (Provinz Neapel) wurden 20 Personen durch herabstürzende Dachziegel schwer verletzt. Auch in ganz Nordafrika haben der schwere Sturm und der stürmische Regen zahlreiche Menschenleben gefordert. Die Schifffahrt ist stark behindert. Nur große Dampfer können in See gehen. Aus der Provinz Tunis werden starke Ueberflutungen gemeldet. Von der Besatzung des an der nordafrikanischen Küste im Sturm untergegangenen französischen Dampfers sind vier Mann lebend geborgen worden. Es besteht keine Hoffnung mehr, die übrigen neun Mann zu retten.

Ende der Weltwirtschaft?

Von Karl Bauer.

Die mannigfachen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die man sich als Weltwirtschaft zu bezeichnen gewohnt hat, zerfallen von Monat zu Monat stärker. Seit dem 1. Juli 1931 sind in 18 Ländern wesentliche Zollbeschränkungen erfolgt. Darunter befindet sich Großbritannien mit einem Zollsatz von 50 Prozent auf wichtige Fertigwaren. Italien hat im September zollfreie Wertzölle von 15 Prozent eingeführt. Dänemark hat wichtige Fertigwaren mit einem Zoll von 10 Prozent belegt. Länder wie Estland, Uruguay, Columbia haben Zölle eingeführt, die zwischen 50 und 100 Prozent des Wertes der eingeführten Ware betragen. Damit ist die Zollbewegung keineswegs abgeschlossen. In 14 Ländern, darunter Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Japan und Annoslawien, werden weitere Zollbeschränkungen geplant. Die wirtschaftliche Verfallensbewegung in den einzelnen Ländern hat aber längst erkannt, daß Zölle, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, durch andere Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden müssen. So hat außer Deutschland eine Reihe anderer Länder geächtet den Verwendungszweck inländischer Erzeugnisse eingeführt, u. a. Italien einen Verbrauchszoll von 65 Prozent für inländische Weizen, Bulgarien ein Handelsmonopol für Weizen und Roggen, Finnland den Verbrauchszoll für inländische Ruder. Auch Großbritannien will seine Mästen verstaatlichen, dem eingeführten ausländischen Weizen 15 Prozent inländischen beizumischen.

Diese innewirtschaftlichen Maßnahmen gesteht sich eine Außenhandelsregelung bei in der Form von Einfuhrmonopolen, Einfuhrkontingentierungen, ja völligen Einfuhrverboten. So hat Spanien die gesamte Einfuhr ausländischer Getreide unterworfen. Das gleiche Mittel hat die Türkei bei fast allen wichtigen Einfuhrwaren gewählt. In Japan hat ein Außenhandelsmonopol für Getreide und Mehl geschaffen. Island ein Einfuhrmonopol für Norwegerzeugnisse, Steinkohlen, Petroleum und zahlreiche Fertigwaren; außerdem hat es die Einfuhr von Luxuswaren wesentlich eingeschränkt. In Einfuhrkontingentierungen haben sich entschlossen die Tschechoslowakei bei Getreide und Mehl, Oesterreich bei Vieh und Fleisch aus Rumänien, Holz und Gerste aus der Tschechoslowakei, Belgien bei der Kohleneinfuhr aus Deutschland, Frankreich bei Holz, wobei wiederum Deutschland besonders hart getroffen worden ist, Wolferzeugnisse, Fleisch und Fleischwaren, Rischen und spanische Weine, Portugal bei Glaswaren, Zement, elektrischen Glühbirnen, Leder für Schuhe u. a. m., Island bei Luxuswaren, die Türkei bei zahlreichen Fertigwaren. Weitere Kontingentierungsmaßnahmen der Einfuhr werden von der Schweiz, Griechenland, der Tschechoslowakei, Letland und der Türkei geplant. Einfuhrverbote haben eingeführt Polen bei wichtigen Dünemitteln, Brasilien bei zahlreichen Maschinen, Columbia bei Luxuswaren, Island bei zahlreichen Textilwaren und Luxuswaren, Dänemark bei Schaumweinen und Likören. Durch diese Grenzmaßnahmen wird die Zollkränkung der verschiedenen Länder erst recht wirksam. Ein Kampf aller gegen alle ist voll im Gange.

Diese allgemeine wirtschaftliche Verfallensbewegung wird aber außerordentlich verstärkt, ja entscheidend beeinflusst durch die Aufhebung des Goldstandards in zahlreichen Ländern. Nachdem sich bereits Anfang August Mexiko zur Aufhebung der Goldwahrung entschlossen hatte, gab Ende September Großbritannien den entscheidenden Anstoß. Ihm folgten sehr rasch Portugal, Bolivien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Zu Goldausfuhrverboten entschlossen sich im Zusammenhang mit dem englischen Schritt zunächst Dänemark, dann Ägypten und Kanada. Eine neue Welle der Valutaentwertung acht durch die Welt. In den Strudel des englischen Pfundes ist nicht nur die Währung der englischen Dominions hineingerissen worden, sondern auch Portugal, Ägypten, Bolivien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Infolge der französischen Mandatskäufe hat auch der österreichische Schilling nicht unwesentlich nachgegeben. Wesentlich früher hatte die Valutaentwertung bei den meisten südamerikanischen Staaten und bei Mexiko eingesetzt. Die umfangreiche Valutaentwertung wirkt sich in den betroffenen Ländern automatisch in stärkstem Maße einfuhrhemmend aus. Diese natürliche Einfuhrbeschränkung wird noch verstärkt

durch die Einführung einer staatlichen Devisenbewirtschaftung in zahlreichen Ländern. Devisenverordnungen ohne besondere Bestimmungen über die Einfuhr haben in den letzten acht Wochen zehn Länder erlassen. Drei weitere Länder haben die Einführung einer Devisenordnung mit allgemeinen Bestimmungen über Devisenbewirtschaftung für Importzwecke verbunden. Sechs weitere Länder teilen auf Grund ihrer Devisenordnung Devisen nur für dringend notwendige Einfuhren unter Ausschluss bestimmter Waren zu. Bei fünf Ländern schließlich ist die Devisenbewirtschaftung mit Einfuhrkontrolle oder Außenhandelsmonopol verbunden. Andere Länder haben zwar von einer allgemeinen Devisenbewirtschaftung abgesehen, statt dessen aber Antidumpingmaßnahmen eingeführt. So Argentinien, Holland und Frankreich. Die Vereinigten Staaten von Amerika planen Ausgleichszölle gegen englische Waren, eine Maßnahme, die man auch als Antidumpingmaßnahme wird bezeichnen müssen. Es ist keine Uebertreibung, wenn man feststellt, daß zum mindesten die bisherige Form der weltwirtschaftlichen Beziehungen reiflos zerstört worden ist.

Für Deutschland bedeutet diese Entwicklung die Zerstörung der letzten Möglichkeiten einer Erfüllungspolitik durch Exportsteigerung. Den Versuch, trotz dieser Entwicklung unter dem Nachdruck besonders von Frankreich auch weiterhin Erfüllungspolitik zu treiben, d. h. mit allen Mitteln die deutsche Ausfuhr steigern zu wollen, hat Deutschland mit einer schweren Erschütterung seines Binnenmarktes bezahlen müssen. Nach einer sehr beachtlichen Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Zahl der Erwerbstätigen, die mittelbar oder unmittelbar für die Ausfuhr beschäftigt waren, im Jahre 1927 3,2 Millionen, im Jahre 1931 3,6 Millionen. Dagegen waren für den Binnenmarkt beschäftigt im Jahre 1927 28,2 Millionen, 1931 25,3 Millionen, während die Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeit von 1,3 Millionen auf rund 4,6 Millionen gestiegen ist. Aus diesen Zahlen geht einwandfrei hervor, daß der Versuch der Exportsteigerung lediglich auf Kosten des Binnenmarktes erfolgt ist, ohne einen auch nur ansähehenden Erfolg zu erringen. Die Begründung für diese Entwicklung ergibt sich, wenn man sich die vorhin geschilderte weltwirtschaftliche Entwicklung noch einmal vergegenwärtigt, von selbst.

Unter diesen Umständen ist es ein verhängnisvoller Irrtum, den Versuch der Exportsteigerung immer noch dem deutschen Volk als soziale Rettungspolitik zu empfehlen. Bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage bedeutet jede kraftvolle Forcierung des Exportes stärksten Nachdruck im Innern und als Ausgleich für die Exportsteigerung Erhöhung des innerdeutschen Preisniveaus, gleichzeitig Verewigung des Mäherhältnisses zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und den landwirtschaftlichen Produktionskosten, damit Zerstörung der Rentabilität eines der wichtigsten Träger des deutschen Binnenmarktes. Arbeiter und Bauer sind also durch das gleiche Interesse schicksalhaft verbunden, und auch jene Teile der Industrie, deren wirtschaftspolitisch. A und D Exportsteigerung ist, sollen endlich einsehen, daß sie mit dieser Politik im Grunde nur einen Kampf gegen sich selbst führen, denn die mögliche Beitung des Exportes steht in einem geradezu schreienden Widerspruch zu der rapiden Schrumpfung des Binnenmarktes.

Diese Feststellung besagt an und für sich nichts gegen das selbstverständliche Bemühen des deutschen wie jeden Volkes, den Produktionsüberschuß seiner Arbeit auszuführen zu wollen; aber es ist höchste Zeit, daß man sich der durch die Verhältnisse gegebenen Rangordnung von Binnenmarkt und Exportmöglichkeiten wieder bewußt wird. Autarkie ist für ein arbeitstames Volk wie das deutsche sicher kein Idealzustand; aber Realpolitik kann sich nicht richten nach dem, was man wollen möchte, sondern dem, was man wollen kann und muß. Das gilt von dem durch Krieg und Revolution geschwächten Deutschland in verstärktem Maße.

Aufführung in München.

„Sand“ von Ernst Benzold.
Bei der Spürarbeit der heutigen Dichter nach geschichtlichen Stoffen, zumal wenn sich diese mit aktueller Wirkung verwickeln lassen, kann in unseren Tagen des politischen Mordes die literarische Exhumierung eines Theologiestudenten Karl Rudwina Sand aus Wunsiedel, der 1819 in Mannheim den deutschen Schriftsteller und russischen Staatsrat August von Koberue erdolchte und für diese Tat das Schafot befehligen mußte, nicht übersehen. Gleich jenem König Sebastian in der „Portugiesischen Schlacht“ stellt Benzold auch seinen Sand als einen Menschen dar, der bis zu pathologischer Ueberstimmung, gleichsam traumwandelnd, einem Phantom nachtrachtet. Aus einem ebenen unflaren wie überspannten Patriotismus wird dieser charakterliche junge Mensch zum Mordmörder; allein sein Stahl trifft nicht wie der seiner großen Vorbilder Harmodios und Aristogiton den großen Feind der Freiheit, den Tyrannen, sondern eine höchst belanglose Persönlichkeit. Benzold führt sein Schauspiel bis zu jener Grenze, wo sich die Tragödie in eine Komödie zu verzetzen beginnt, und wer kurzschichtig ist, könnte darin sogar eine Satire auf die Vaterlandsiebe im allgemeinen erblicken. Diese freilich liegt dem Dichter, so oft und jäh er zuweilen auch Fronteblöße hervorzuheben läßt, im Grunde fern; mit der Zeichnung Sands als eines krankhaft zerrütteten Menschen weist er selbst deutlich auf den Ausnahmefall. Damit wird jedoch das Stück zur psychologischen Studie, zum analytischen Bühnenspektakel, in dem die Hauptfigur fast ohne Gegenpieler bleibt. Koberue, durch eine Szene aus „Menschenhaß und Neue“, dessen Auführung Sand miterlebt, lediglich als Nährschiffsteller einoführt, betritt erst in den letzten Szenen die Bühne. Alles andere, weit mehr novellistisch als dramatisch angelegt, dient lediglich der Begründung von Sands Tat. Die leidige Bildertechnik zerfällt wieder einmal den dramatischen Kern und vermag die losen Fäden nicht zum Knoten zu schmüren. Benzold

Neuer Kurs in Japan?

Befürchtungen in Moskau.

© Tokio, 14. Dez.

Der japanische Ministerpräsident Inukai hat den neu ernannten japanischen Außenminister Joschikawa nach Paris telegraphisch anfordert, Paris sofort zu verlassen und sich nach Tokio zu begeben, um sein neues Amt zu übernehmen. Der Ministerpräsident forderte Joschikawa auf, den kürzesten Weg über Rußland zu nehmen. In polit. Kreisen nimmt man an, daß Joschikawa für den Fall seiner Reise über Moskau eine kurze Aussprache mit den führenden Männern der Sowjet-Union, darunter mit Litwinow und Karagan haben werde.

Der bisherige japanische Vertreter im Völkerbundsrat, Joschikawa gilt als ein Vertrauensmann der Militärkreise. Bekanntlich ist der Generalstab vom Kabinett unabhängig und dem Kaiser unmittelbar unterstellt. Der Kabinetts-umbildung und der Verlegung der Tätigkeits Joschikawas vom Völkerbundsrat in das japanische Kabinett kommt daher besondere Bedeutung zu.

TU. Moskau, 14. Dez.

Das neue japanische Kabinett hat in Moskau keine große Freude bereitet. In russischer amtlicher Stelle meint man, ein Kabinett, das aus Männern der Seijufu-Partei bestehe, werde eine weitere Verschärfung der wirtschaftlich-japanischen Beziehungen bedeuten, was sich später auch auf die Beziehungen zwischen Rußland und Japan auswirken könnte.

Die Sozialdemokraten tolerieren weiter

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen Reichstagsberufung

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pl. Berlin, 14. Dez.

Es war schon zum Schluß der vergangenen Woche ziemlich klar, wofin die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Reichstagsberufung gehen würde, und nach der Erklärung der Sozialdemokraten Pflügering im Haushaltsausschuß des Reichstages am letzten Samstag bestand kein Zweifel mehr daran, daß die Sozialdemokratie vorerst an ihrer Tolerierungspolitik festhalten würde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die am Montag nachmittag zu der angefangenen Sitzung zusammentrat, hat denn auch die erwartete Entscheidung getroffen, indem sie sich gegen eine sofortige Einberufung des Reichstages wandte. Damit ist gleichzeitig auch die Entscheidung dahin gefallen, daß das Kabinett Brüning an der bisher drohenden Reichstagsberufung vorbeikommt. Denn nachdem sich die Wirtschaftspartei bereits in der vorigen Woche gegen die sofortige Einberufung des Reichstages ausgesprochen hatte, ist nunmehr für die Sitzung des Reichstages am nächsten Mittwoch eine einwandfreie Mehrheit der Gegner der Reichstagsberufung vorhanden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Stellungnahme in einer Entschließung niedergelegt, in der zwar scharfer Protest gegen die Eintritte in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten erhoben wird, in der aber gleichzeitig auch betont wird, daß ein Aufhebungsbeschluß des Reichstages aus den bekannten parlamentarischen Gründen eine praktische Wirksamkeit nicht haben könne. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde nach Meinung der sozialdemokratischen Fraktion nur die Verwirrung steigern, die Verhandlungen mit dem Ausland ins Stocken bringen und die Wirtschaftskrise und mit ihr das Massenelend vergrößern.

Primer verteidigt sich.

Der Beginn des Putsch-Prozesses.

© Wien, 14. Dez.

Der Prozeß gegen Primer und seine Mitangeklagten wegen des Heimehrpuffches begann in Graz um 10 Uhr. Den Vorsitz führt Landgerichtspräsident Dr. Spanner. Die Verhandlung beschäftigte sich mit Formalien und der Verlesung der Anklageschrift.

Nach der Verlesung der Anklageschrift fragte der Vorsitzende Dr. Walter Primer: „Bekennen Sie sich des Verbrechens des Hochverrats im Sinne der Anklage schuldig?“ Dr. Primer antwortete mit „Nein“. Primer erklärte, er sei der Auffassung, daß Hochverrat nur begangen werden könne, wenn die Verfassung legal oder legitim sei. Das sei in Österreich deshalb nicht der Fall, weil der frühere Kaiser Karl bei seiner Abdankung dem gesamten Volke die Entscheidung über die Staatsform überlassen hätte. Das Volk sei aber darüber nicht befragt worden, welche Staatsform es wählte. Daher sei auch von einer legalen oder legitimen Verfassung keine Rede. Infolgedessen hätte er auch keinen Hochverrat begangen.

Ueberhaupt seien die gesetzlichen Bestimmungen über den Hochverrat überholt und könnten nicht mehr angewendet werden, denn sie stammen aus der Monarchie. In der Republik sei es unmöglich, diese alten Bestimmungen zur Anwendung zu bringen. Es werde ihm vorgeworfen, daß er gewalttätig die Verfassung und Regierungsform ändern wollte. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, einen Putsch zu machen. Die

Voraussetzung dafür wäre gewesen, sofort Kaiserinnen- und Polizeigebäude zu besetzen. Gegenüber hierzu sei ausdrücklich überall der Befehl ergangen, es zu keinen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt kommen zu lassen. Er habe von vornherein nicht die Absicht gehabt, Gewalt anzuwenden. Es habe sich also nach der Darstellung Primers gar nicht um einen Putsch im Sinne der Anklage, sondern um ein waffretes Aufgebot der Heimwehren gehandelt, wie es schon früher viermal vorgekommen ist. Die Kundgebung, in der die Nachtergezeiten mitgeteilt wurde, sei schon 1929 vorbereitet worden. Bei ihrer Abfassung hätten ganz andere Herren mitgewirkt als die Heimehrangehörigen. Er halte es nicht für ratsam, darüber nähere Mitteilungen zu machen.

Primer fragte in diesem Zusammenhang die Geschworenen, wer, wenn kein Ausreten am 13. September als Putsch bezeichnet werde, die Hochverräter anzuklagen sei, er oder die Heimehr, die damals an der Ausarbeitung der Kundgebung beteiligt waren. Der Druck und die Ausgabe der Kundgebung sei gegen seinen Willen und ohne sein Wissen geschehen. Das Verhandlungen mit verschiedenen Regierungsmitgliedern und der Exekutive stattgefunden beim bemanneten Heimehrbeauftragten mitwirkend nicht richtig. Er habe aber diesen Druck bei seinen Kameraden erwidern müssen und sich dazu um so berechtigter gehalten, als er bestimmte Anhaltspunkte dafür gehabt habe, daß die Regierungshellen einem solchen Aufgebot nicht feindselig gegenüberstehen würden. Vom Vorsitzenden über die

Sitzten am 13. September

befragt, erklärte Primer, es sei so gedacht gewesen, daß ein Teil der bewaffneten Abteilungen gegen Wien marschieren sollte, während die andere die Provinzorte zu besetzen hatte. Später habe er erfahren, daß nur die Heimehr unter Waffen stand. Er habe gehofft, daß die Regierung nachgeben würde, wenn die Heimehren unter Waffen gerufen würden. Es seien bestimmte Forderungen ausgearbeitet worden, darunter Freidung sämtlicher Steuern, die älter als ein Jahr waren, Zurückführung der ins Ausland geflüchteten Vermögen, Aufnahme einer inneren Anleihe, Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Im Falle des Scheiterns wäre eine sofortige Abkündigung über die Frage Republik oder Monarchie gefordert worden. Ein staatsrechtlicher Ausschuss hätte die neue Verfassung ausarbeiten sollen.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Primer die übrigen Heimehrführer und sichere nachmals, daß er Befehl gegeben habe, nicht gegen die Exekutive zu marschieren. Auf eine Frage des Staatsanwaltes, was Primer getan hätte, wenn die Regierung mit ihm gekämpft hätte, erwiderte er, er hätte, ein Klein wäre unter dem Druck der vollständigen Aufmarsches nicht zu erwarten gewesen. Unter Exekutive verheißt er das Ministerium der Gendarmen und die Polizei. Auf die Frage eines Unterführers im Hauptquartier bei Graz, ob er erwidert, er bezweifle nicht, daß die Exekutive mit der Heimehr gehen oder neutral verhalten würde. Die Frage des Verteidigers, ob eine Verhaftung der Minister geplant war, verneinte Dr. Primer.

Darauf wurde der Angeklagte Kammacher hofen vernommen, der sich ebenfalls für die Schuld erklärte.

Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik wird in der Entschließung der Fraktion keineswegs unbedingt ausgedrückt. Die Fraktion erklärt, daß für sie eine neue Lage entstanden sein würde, wenn sich herausstellte, daß die Senkung der Preise mit der der Löhne nicht Schritt halte. Für diesen Fall behält sich die sozialdemokratische Fraktion alle weiteren Entschlüsse vor. Es ist also immerhin auch jetzt noch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Reichstag doch früher als am 23. Februar, wieder zusammentritt.

Deutschlands Abrüstungspolitik.

Berlin, 14. Dez.

In einem Interview an „International News Service“ erklärte Reichswehrminister Dr. Groener u. a.: Aus dem Unterschied an Recht und Macht und aus den feierlichen Verwilligungen der Siegermächte, dem deutschen Beispiel zu folgen, ergeben sich die Grundzüge der deutschen Abrüstungspolitik. Sie lassen sich in die kurzen Worte zusammenfassen: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerbundmitglieder. Es gibt keine Gleichberechtigung, solange in der internationalen Abrüstung zwischen Siegermächten und besiegten Staaten unterschieden wird, es gibt keine Völkervereinigung, solange Land den Gefahren der übermächtigen Offensivbewehrungen seiner Nachbarn ausgesetzt ist. „Sicherheit durch Abrüstung“ und „erbt Sicherheit, dann Abrüstung“ heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz 1932 und für die Meinung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.

bleibt im Andeutungsmaßstab stehen, denn auch das Zeitlorenz umrahmt nur in ungenügender Weise. Die entscheidende Tatsache, das Sande angebliche „Freiheitsstahl“ lediglich verhärteten Druck zeitigt, wird gegen Ende nur beiläufig erwähnt. Benzold, dem Epischen von Natur verhaftet, vermag im Dramatischen nicht gleichermäßen Wurzeln zu schlagen. Wenn die Uraufführung trotzdem zu einem bedeutenden Ansehen Erfolg führte, so war dies vor allem der sorgfältigen Aufführung durch das Bayerische Staatsschauspiel zu danken, das für Sand und Koberue zwei so hervorragende Gestalten wie Albert Nischel und den in Karlsruhe bekannten Karl Graumann ins Treffen zu schütten hatte. Dr. Wilhelm Zentner.

Der neue Burgtheater-Direktor



Dr. Hermann Röbbeling.

Der bisherige Leiter des Thalia-Theaters und des Schauspielhauses in Hamburg, wurde, wie berichtet, vom österrösterreichischen Ministerium zum Intendanten des Wiener Burgtheaters ernannt.

Als Zeichen der Zeit wird hierzu weiter gemeldet, daß im Ministerialrat der Wunsch maßgebend war, keinen Künstler, sondern einen tüchtigen Geschäftsmann zu engagieren, der die notwendigen Sparmaßnahmen trifft und das Theater so führt, daß es den Staat nicht nur nichts kostet, sondern ihm noch Geld einbringt. Röbbeling hat in Wien besonders dadurch imponiert, daß er in Hamburg „volle Dauer“ machte. Röbbeling tritt also einen schwierigen Posten an. Er soll bei weitestgehender Wahrung der Burgtheatertradition „verdienen“.

Dichter-Anekdoten.

Mitgeteilt von E. Adelt.

Während einer Sitzung der Deutschen Dichtersakademie kantei das Tischtelefon. Wilhelm von Scholz, damals ihr Präsident, hebt ab, eine der bekanntesten und wortreichsten Berliner Schauspielereinnen meldet sich am Apparat. „Ah, Sie sind es, gnädige Frau — sehr entzückt — ob ich Zeit habe? — Für Sie immer!“ — und legt den Hörer neben sich. Nach einer guten Viertelstunde hebt er, ohne die Sitzung zu unterbrechen, die Musik wieder an den Mund, spricht im Bruchton tiefer Zustimmung hinein: „Wem sagen Sie das, gnädige Frau!“ — und hängt lautlos ein.

Gans Heinrich Ehrlert, Märkisches Landmann und würdiger Nachfahre, kommt im Krieg, zum Landsturm eingezogen, in Uniform nach München, um seinen Verleger Georg Müller aufzusuchen. Auf der Leopoldstraße faucht ein Offizier ihn an: „Weshalb grüßen Sie mich nicht? Können Sie nicht sehen?“ Ehrlert (sanft und träumerisch): „Nein.“ Der Offizier verblüfft: „Was sind Sie denn in Zivil?“ Ehrlert (mit Ueberzeugung): „Ich bin ein deutscher Dichter.“ Der Offizier lächelt: „Ja, dann freilich — und reich dem Kriegermann die Hand.“ (Gans Heinrich Ehrlert ist auch derselbe Mann, der sämtliche Fragen eines Steuer-Erklärungs-Fragebogens mit einer Kammer umfachte und dahinter an Stelle des „faktischen“ Einkommens schrieb: „Ich bin Dichter!“ — Die Schriftl.)

Kunst und Wissenschaft.

Die Städtische Kunsthalle Mannheim eröffnet nächsten Sonntag eine umfassende Ausstellung unter dem Titel „Wie der Künstler die Welt sieht“. Gezeigt werden Studienblätter (Aquarelle, Zeichnungen und atypische Arbeiten) von Künstlern des 19. und 20. Jahrhunderts klassischer Kunst.

Mozart-Gedächtnis in Italien. Zum 140. Geburtstag Mozarts fand am 6. Dezember in Rovereto ein Konzert in Italien aus, eine Feier des großen Komponisten zusammen mit seinem Vater Leopold Mozart in Italien aus, eine Feier des großen Komponisten zusammen mit seinem Vater Leopold Mozart in Italien aus, eine Feier des großen Komponisten zusammen mit seinem Vater Leopold Mozart in Italien aus.

Bilderbuch von Gertrud Dagemann. Frau des ausgezeichneten Karlsruher Bildhauers Oskar Dagemann, deren Winter- und Sommerreisen einen bereicherten Ruf genießen, hat bei Kuntel-Lahr ein reizendes Bilderbuch (250 Mark) herausgegeben.

Ein Buch, das den edlen Geist einer namhaften Frau atmet. Es erzählt zur Drolligkeit der kleinen und großen Tugenden die Streiche einer chinesischen Nachtall in vollkommen natürlicher Weise ohne Abgemessenes ins Märchenhafte und dem findlichen Denken nicht mehr Greifbare. Die Bilder sind nicht nur schön, sondern auch in der Ausführung überaus feinen Farben gehalten. Und sie wirken so wirkungsvoll, weil jeder lästige Kram der kümmerlichen Bilderbücher fehlt. — Bei der erfreulichen Unterchied zur ungewöhnlichen Methode des Strunnpeters und anderer Bücher! Es ist völkerverständlich unbedeutend zu werden. Wärrliche, Schurken und entsetzliche Strafen vor das Kindergehirn zu bringen. Gertrud Dagemanns Vogelbilderbuch ist ein den selbstgeschriebenen Versen ein ganz eigener Anlauf zu einem neu zu entwickelnden Buch; nur einer Frau, die dem künstlerischen Weien nahe steht, konnte er gelingen. Professor G.

Um laufenden Band des Lebens.

Abenteuer im Hotel Rehrwieder / von Karl G.

(Copyright 1931 by Presseverlag Dr. Dammert.)

Karl G., der unseren Lesern durch die Kritikerreihe „Das ist Amerika“ bekannte Verfasser abenteuerlicher Erlebnisse, begibt sich in dieser Folge von Erzählungen nicht in ferne Länder oder gefährliche Situationen, um das Ungewöhnliche zu schildern. Er steigt nur in den Portiersrock eines kleinen Hotels der Weltstadt, er sitzt am Kaufband des Lebens, das unaufhörlich durch die Zimmer rollt. Eine Stofffalle, die zu mehreren spannenden Romanen ausgereicht haben würde, ist hier vom Leben in einer knappen Woche zusammengetragen und in kurzen, fesselnden Abschnitten geschildert worden.

Wie aus den amerikanischen Erinnerungen Karl Gs, so weht uns auch aus dieser Serie trotz der atemberaubenden Handlung der frische Hauch des wirklichen Lebens entgegen und des wirklich Erlebten.

Herr Zollwed.

Wenn man ein Vierteljahr immer dasselbe Gesicht beim Frühstück gesehen hat und ist dann noch nicht mit Grollen davongeeilt oder doch wenigstens an Appetitlosigkeit erkrankt, so ist das ein sicheres Zeichen, daß das Vis-à-vis sehr hübsch oder die Zubereitung des Frühstücks vorzüglich sein muß.

Wenn man aber ein Vierteljahr jeden Abend nach derselben Junggesellenbude, und sei sie noch so beschaulich, zurückgekehrt ist und von Tag zu Tag einen immer größeren Widerstand verspürt, die Tür zu öffnen, das Licht anzuzünden und die stille Vorwürfe von seiner vernachlässigten Schreibmaschine machen zu lassen, so hilft uns hier leider der Gesicht- und Geschmackssinn nicht über die lähmende Atmosphäre des grauen Einzelzimmers hinweg.

Mit solchen Gedanken schritt ich gewohnheitsgemäß meinem Logis am Hofweg zu, als sich plötzlich etwas in mir aufbäumte, die Nacht zwischen dem gelb- und blaugelblichen Tapeten, deren beschädigte Stellen die „Toteninsel“ verdeutlichte, zu zerbrechen. Der Gedanke an den kleinen Riß im Bedeckel, an den Schreibfisch, auf welchem sicherlich wieder einige unangenehme Briefe lagen, an die Tür zum Schlafzimmer, die trotz literarischen Delens immer angesetzt, verurteilte ein direktes körperliches Geschehen, und ich beschloß, zur Abwechslung einmal in einem Hotel zu übernachten.

Ich überlegte und ließ die großen Hotels in Gedanken Revue passieren. Im „Atlantico“ könnte ich etwas mit dem Geschäftsführer plaudern, aber nur kurz und in langen Zwischenräumen, denn der Herr hatte weder Zeit noch Lust zu lang geworden war und der Morgen nicht zu weit entfernt war, als ich mich in einer Tour an Fische zu halten. „Eplanade“ und „Der Jahreszeiten“? Nein, das waren Großkaramanereien, peinlich sauber, peinlich ordentlich und peinlich Schema B.

Da fiel mir Herr G. in der Kritik an Zollwed ein. Er betrieb ein kleines unscheinbares Hotel mit Restauration in der Nähe des Hauptbahnhofs, wo ich schon öfter übernachtet hatte, wenn der Abend zu lang geworden war und der Morgen nicht zu weit entfernt war, als ich mich in einer Tour an Fische zu halten. Obendrein war Herr Zollwed ein alter Bekannter von mir, der die halbe Nacht aufsaß, gern von seinen Fahrten als Schiffschiffmeister erzählte und sein Geschäft mit Hilfe eines alten Kellners und eines Portiers allein betrieb.

Herr Zollwed stand trübselig hinter der Theke, als ich in das kleine Restaurant trat, das jetzt um neuen Uhr abends nur ein halbes Duzend Gäste aufwies. Max, der alte Ober, kam dienstbereit herbei.

„Erst einmal einen Grog und dann ein Zimmer“, sagte ich, „ist Nummer sieben frei?“

„Ja, Herr G., das können Sie haben. Auf länger oder nur für die eine Nacht?“

„Vorerst einmal nur für heute.“

Der Kellner brachte mir den Grog und das Anmeldeformular. Zimmer sieben, das wußte ich schon von früher, war zwar ein Doppelzimmer und kostete acht Mark, aber die Betten waren von einer geradezu paradiesischen Bequemlichkeit.

Herr Zollwed kam an meinen Tisch und zeigte mir die schwammige Hand. Seine rote Nase hing ihm melancholisch im Gesicht, und er machte überhaupt den Eindruck größter Unzufriedenheit.

„Ja, Herr G., wollen Sie mich einmal wieder behren?“

„Ja, Herr Zollwed, ich muß heute unbedingt anders schlafen. Mir graut direkt, wenn ich an meine Bude denke.“

„Das sind die Nerven“, sagte der Wirt, der bei seinen Seereisen einmal einem Matrosen den Arm amputiert und ihn dadurch vor dem Tod durch Blutvergiftung gerettet hatte und sich seitdem für eine ärztliche Kavarsität hielt. „Sie müssen mehr Grog trinken und weniger Zigaretten rauchen und abends kalte Packungen um die Schulterblätter tun.“

Das Proben des Wirts mit seinen anachronistischen Kenntnissen hatte mich schon geärgert. Boshaft erwiderte ich deshalb:

„Der wird vielleicht garnicht wieder besser. Ich mach jetzt keine Arbeit mit, denn der alte Max schläft ja künstlich um 11 Uhr ein.“

„Mann Gottes, Sie mühten doch im Handumdrehen Erbs finden können!“

„Leute gibts aenna, aber kann man denen denn in Herz und Leber schauen? Und dabei aebt das Hotel jetzt gerade auf. Drei bis viermal die Woche sind alle Zimmer besetzt. Ne, da mühte ich schon jemand haben, dem ich aana und gar Vertrauen schenken könnte.“

„Jemand wie mich“, fragte ich aus Ehera.

„Aber Herr Zollwed verzoa keine Miene in seinem Gesicht: „Ja, wenn Sie mir ausbelfen wollten, dann müde ich fahren.“

Als ich lachte, meinte er aana gelassen:

„Das ist kein Biß, Herr G. Wenn Sie sich freimachen könnten, so würden Sie hier allerlei erleben und nicht umsonst arbeiten. Sie sind doch immer auf ausgefallene Sachen so aus. Verjuchen Sie es nur. Mödars Rod wird Ihnen passen, und wenn Sie gar nicht mehr Luft haben, so depechieren Sie nur rubia nach Aifingen, und ich komme zurück.“

„Die Sache will überleat sein“, saate ich. „Freimachen kann ich mich schon für ein par Wochen und fertig werden würde ich auch wohl mit der Arbeit. Ich will es mir einmal in dem schönen Bett auf Nummer 7 überchlafen, Herr Zollwed.“

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Kritik am Calmette-Verfahren.

„Nicht einmal bei Tieren vollkommen unschädlich“.

© Biber, 14. Dez.

Zu Beginn der Montagsverhandlung im Calmette-Prozess erstattete Professor Dr. Hans Nuch-Hamburg sein Gutachten. Er erklärte dabei, man könne keine Tuberkel-Bazillenkamm in veridiebene Unterkämme spalten, in virulente und avirulente. Professor Nuch teilte sodann mit, daß er einen Bericht über ein Calmette-Unglück in Bulgarien erhalten habe, das in seinen Einzelheiten genau so erschütternd sei wie das in Lübeck. Professor Nuch erhält damit gegenüber allen Demontis die Behauptung von einer Calmette-Katastrophe in Bulgarien aufrecht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte Prof. Dr. Hlenhut-Freiburg, die ganze deutsche Wissenschaft hätte dem Calmette-Verfahren gegenüber eine abwartende und zurückhaltende Stellung einnehmen müssen. Das B.C.G. sei nach den ausgedehnten Tierversuchen nicht einmal als vollkommen unschädlich bei Tieren zu bezeichnen. Zudem wisse man heute noch nicht einmal, ob nicht das B.C.G. in späteren Jahren Schädigungen hervorrufe. Eine Erklärung für das Lübecker Unglück könne man nur darin erblicken, daß entweder schon die Kultur von vornherein virulent, verwechselt oder verunreinigt gewesen sei, oder daß die Kultur tatsächlich ungeschlagen sei. Er glaube nicht, daß mehrere Fehler im Laboratorium vorlägen, aber der Betrieb im ganzen sei mit einer so großen Sorglosigkeit geführt worden, daß man der ungeheuren Verantwortung bei einer humanen Impfstoffherstellung nicht gerecht wurde.

Professor Dr. Abel-Jena führt dann aus, das Calmette-Verfahren sei weder schädlich noch wirkungslos. In Rumänien habe man tatsächlich an Calmette geimpften Säuglingen auffallende Erfolge erzielt festgestellt. Wenn auch das Lübecker Sanatorium geeignet gemein sei, so hätte man doch die Impfstoffherstellung in einem besonderen Raum vornehmen müssen. Nachdem Veterinärminister Schmiede-Neubühl als lehrer Sachverständiger sein Gutachten abgegeben hatte, wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Der Sklarek-Prozess.

Berlin, 14. Dez.

In der Montags-Verhandlung im Sklarek-Prozess belastete der sozialdemokratische Stadtrat Hermann den angeklagten Bürgermeister Schneider. Die Sklareks seien bei Auftragserteilungen durch Schneider unterstützt worden. Weiter machte der Zeuge dem Bürgermeister Schneider Vorwürfe, daß er die Steuerangelegenheiten bei Theatern, von denen er Freiarten erhielt, schonend behandelte und Steuernachlässe bewirkt habe. Der Angeklagte Schneider erwidert, daß Hermanns Aussagen von Feindschaft diktiert seien. Gerade Hermann habe einmal in einem Bericht den Geschäftsverkehr mit den Sklareks als außerordentlich günstig bezeichnet. Der Zeuge Hermann blieb jedoch bei seinen Behauptungen und erklärte weiter, die Sklareks hätten mit Schneider im Europa-Haus riesige Bechen gemacht.

In der Verhandlung machte der Vorsitzende u. a. noch Mitteilung, daß für den Komplex der Zuwendungen noch weitere 56 Zeugen vernommen werden sollen, so daß ein Ende des Prozesses überhaupt nicht abzusehen sei. Die Verhandlung wird am Mittwoch vormittag fortgesetzt.

Auf der Fahrt zur Trauung aus dem Zuge gestürzt.

© Berlin, 14. Dez.

Am Montag früh wurde der 30jährige Landwirt Convert aus Jädelbruch (Kreis Oebarnim) zwischen den Bahnhöfen Kaulsdorf und Friedrichsfelde-Dorf tot mit zerbrochenem Schädel auf den Schienen aufgefunden. Convert befand sich auf dem Wege nach Erkner, wo am Nachmittag seine Trauung stattfinden sollte. Soweit sich bisher feststellen ließ, ist er unbemerkt von Mitfahrenden aus dem Zuge gefallen.

Gestohlener Sprengstoff explodiert.

Die Diebe mit in die Luft geschoen?

© Helmstedt-Dransniewitz, 14. Dez.

Am Sonntag wurde hier in späterer Abendstunde eine starke Explosion wahrgenommen. Noch in der Nacht wurde festgestellt, daß aus dem Munitionshaus der Wehrmännlichen Kaserne in Emmersbühl 2 Pakete mit je 2 1/2 Kg. Sprengstoff, also über ein Zentner, und annähernd 100 Sprengkapseln gestohlen worden waren. Anscheinend ist dieser Sprengstoff durch Unvorsichtigkeit explodiert. Die Beamten der Landjägerei haben noch in der Nacht die Ermittlungen aufgenommen; von der Landeskriminalpolizei wurden vier Beamte nach Helmstedt entsandt.

Die Tongrube der Ziegelwerke von Heinrich Wehrmann, in der sich das Munitionshaus befindet, liegt auf Helmstedter Gelände. Die Diebe sind anscheinend mit dem gestohlenen Sprengstoff auf dem Wege nach Helmstedt gemein, als ungefähr 800 Meter von der Grube entfernt — offenbar durch eine Unvorsichtigkeit — der Sprengstoff zur Entzündung kam und mit ungeheurer Krach explodierte, so daß in Helmstedt die Fenster scheibeln klirrten und teilweise zerbrachen. Anscheinend ist damit zu rechnen, daß bei der Explosion auch die Sprengstoffdiebe verunglückt sind. In Helmstedt nahm man zuerst an, daß auf die Bahnstrecke ein Anschlag verübt worden sei, so daß sich der auf dem Bahnhof wartenden Reisenden eine starke Erregung bemächtigte.

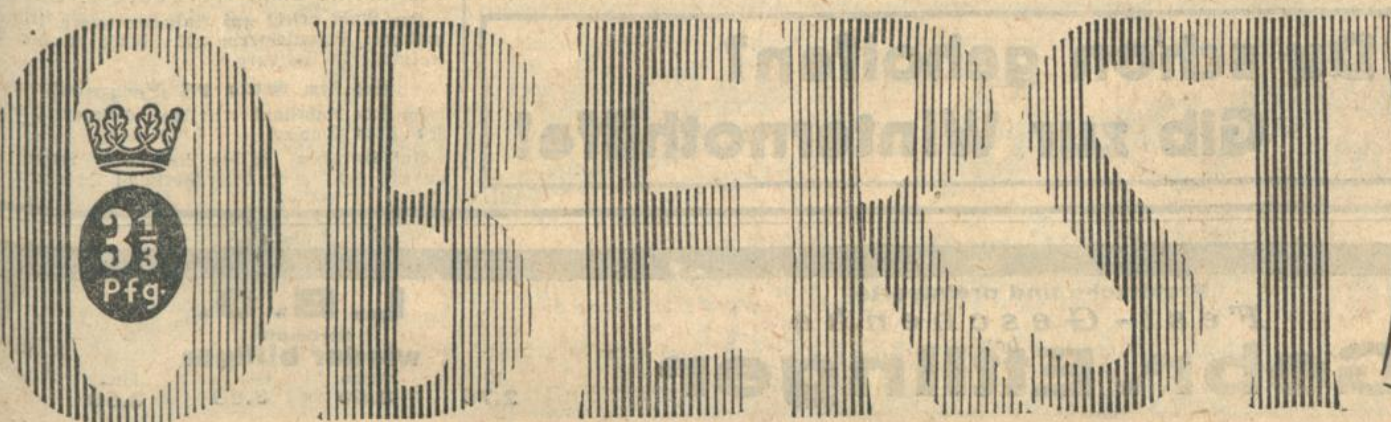
Die Tatsache, daß keinerlei auffallende Spuren in der unmittelbaren Nähe des Sprengortes gefunden wurden, hat die Polizei auf die Vermutung gebracht, daß die Sprengung absichtlich herbeigeführt worden ist. Die Sprengstelle liegt im Martenhaler Dols. Der Sprengtrichter hat eine Tiefe von 60 Zentimeter und einen Durchmesser von 3 Meter. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Der Hungermarsch nach Washington.



Blick auf den Sammelplatz der Demonstranten in Indianapolis.

Anlässlich der Eröffnung des amerikanischen Kongresses in der Bundeshauptstadt Washington veranstalteten die Erwerbslosen aus zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten einen Hungermarsch nach Washington. Die Polizeibehörden von Washington hatten sehr wirkliche Vorkehrungen getroffen, indem gegen die Arbeitslosen keine Gewaltmaßnahmen ergriffen wurden, sondern sie in großen Lagern zunächst einmal ein warmes Mittagsbrot erhielten.



Ihr Umsatz hat sich verzehnfacht + Ein Beweis für die Qualität

Aus der Landeshauptstadt

Nacht Weihnachtseinkäufe!

Es war nötig, daß der Reichskommissar für Preisüberwachung in einer Pressebesprechung die dringende Bitte ausdrückte, mit Weihnachtskäufen nicht zurückzuhalten. Er trat damit einer bereits viel verbreiteten Erwartung entgegen, die glaubt, daß allüberall von heute auf morgen alle Preise, gleichgültig ob für Textilien, Lebensmittel, Ledermwaren oder Lebens- und Genussmittel, gesenkt würden. Diese Meinung wurde teils da und dort entstehen, da das Kapitel aus der Notverordnung über die Preisüberwachung unrichtig weitergegeben wurde. Es ist aber nun doch so, daß sich der Preisüberwachungskommissar zunächst nur mit den Verkaufs-, Elektrizitäts- und Gaspreisen und dann schließlich auch noch mit gewissen Lebensmittelpreisen beschäftigen wird. Aber auch bei den anderen, wie z. B. beim Fleisch hat fast allüberall durch die freie Konkurrenz die Preisüberwachung ohne Diktat längst begonnen, und hier in Karlsruhe kann man sich im allgemeinen über die Fleisch- und Wurstpreise nicht mehr beklagen. Nicht daran zu denken ist aber, generell betrachtet, eine Preislenkung bei Lebensmitteln und Textilien, vorab bei Lebensmittelpreisen des täglichen Lebens von heute auf morgen diktieren werden kann. In diesen Branchen sind die Preise längst gelenkt und durch Rabatte auf die Weihnachtseinkäufe im Handel den Käufern weitgehend im Preis entgegen. Diktierte Preislenkungen auf diesen Gebieten wäre zum größten Teil der Welt weiter Schichten des Kaufmannstandes.

Es ergeht daher auch an dieser Stelle ernstlich die dringende Bitte, sich nicht von Trug- und Täuschung zum Käufertrick verleiten zu lassen. Am Oceananteil, wer noch kaufen kann und wer noch verkaufen kann, der soll dies in den nächsten Tagen so reichlich wie nur möglich tun. Jede Warte in den heftigen schweren Zeiten in den letzten Jahren, belebt unsere Wirtschaft, dementsprechend zu Weihnachten Lebensmittel, und geht auch nicht daran vorbei, den Weihnachtsgeschäft mit Blumen zu zieren. Auch für den Gebrauch in benachbarten Ländern, an den Weihnachtstagen einmal besser wie im allgemeinen zu leben, sollte man in diesem Jahr bei den in Deutschland etwas billiger haben. Es wäre zu wünschen, daß auch den Nachbarn aus Baden und Lebensmittelhändlern ein gutes Weihnachtsgeschäft erwächst, nicht nur für den Käufer, sondern auch, daß die vollen Ställe der Bauern und die Korn- und Viehhöfe wieder mit Getreide und damit wiederum die Kaufkraft der darniederliegenden Landwirtschaft gehoben wird. Also laßt und schenkt, soweit ihr überbarm nur könnt! Zurückhaltung wäre heute der unverzeihlichste volkswirtschaftliche Fehler!

kommissarisch zur Reichsfinanzverwaltung abgeordnet, wo er am Aufbau dieser Verwaltung mitwirkte. Am 1. Juli 1920 trat Präsident Kirchhäner endgültig in den badischen Staatsdienst zurück, wo ihm dann das Beamtenreferat und das Referat für Vesteuerung des Branntweins Haupttätigkeitsgebiete war. Seit dem Ausscheiden von Herrn Steinbrenner beehrte Präsident Kirchhäner auch das Referat für die Zölle und Verbrauchsabgaben. Präsident Kirchhäner, der der Zentrumspartei nahesteht, gilt als sehr befähigter und kenntnisreicher Beamter.

Dem Schnellrichter vorgeführt

In der Nacht zum Sonntag mußte ein Polizeibeamter in der westlichen Kaiserstraße gegen die Heftiger einbrechen. Einer derselben verweigerte dem Beamten die Namensangabe und beleidigte ihn mit unflätigen Worten. Seiner Festnahme legte er lebhaften Widerstand entgegen und bis dabei den Beamten in die linke Hand. Nur mit Hilfe eines zweiten Beamten und Anwendung aller Körperkraft konnte der Widerpenstige nach der Wache am Mühlburger Tor gebracht werden, wo er noch in der Nacht in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurde.

Günstige Entwicklung des Karlsruher Rheinhafens.

Eine Statistik seiner Aufwärtsentwicklung

Das Badische Statistische Landesamt veröffentlicht jetzt eine statistische Arbeit, aus der, trotz merkwürdig bestimmter Darstellung, klar und eindeutig die außerordentlich günstige Entwicklung unseres Rheinhafens in den letzten Jahren hervorgeht.

Zunächst seien einige kurze Daten und Zahlen aus der noch jungen Geschichte des Karlsruher Städtischen Rheinhafens vorangeführt. Im September 1898 war in der Rheinniederung westlich von Mühlburg mit dem Bau der Hafenanlagen begonnen worden. Am 1. Mai 1901 — also vor rund 30 Jahren — wurde der neue Hafen bereits in Betrieb genommen. Die feierliche Einweihung erfolgte allerdings erst ein Jahr später, am 27. Mai 1902, in Verbindung mit dem 50-jährigen Regierungsjubiläum Großherzogs Friedrich I. In der Vereinbarung, die die Stadt Karlsruhe mit dem Ministerium des Innern vor Beginn des Baues getroffen hatte, wurde bestimmt: Die Hafenanlagen sind so zu

gemessen, daß sie zur Bewältigung einer Verkehrsbewegung von etwa 300 000 Tonnen im Jahr ausreichen. Diese Schätzung der vorläufigen Verkehrsbewegung des neuen Hafens wurde sehr rasch durch die tatsächliche Entwicklung übertroffen. Das zweite volle Betriebsjahr brachte bereits einen Verkehr von 545 068 Tonnen und die erste Million Tonnen wurde mit 1 019 877 Tonnen erstmals im Jahre 1911, dem achten Betriebsjahr, überschritten.

Die überraschend günstige Entwicklung des Karlsruher Hafenverkehrs wurde durch den Weltkrieg jäh unterbrochen und durch seine politischen und wirtschaftlichen Folgen schwer bedroht. Schon vor einigen Wochen ist in einem vom Badischen Statistischen Landesamt bearbeiteten Artikel über den Schiffs- und Güterverkehr in den badischen Rheinhäfen nachgewiesen worden, daß gerade der Rheinschiffsverkehr durch den Krieg außerordentlich schwer gelitten hat. Das gilt besonders auch von dem Hafenverkehr am Oberrhein, da hier das linke Rheinufer in französische Hände gefallen ist, aus Lauterburg und Strasbourg konkurrierende französische Häfen geworden sind und die französische Flagge sich jetzt ebenfalls auf dem Rhein zeigt.

Trotz dieser unerfreulichen Tatsachen muß man aber feststellen, daß die Entwicklung des Karlsruher Hafenverkehrs an sich in den letzten Jahren im Vergleich zu Mannheim nicht ungünstig war.

Die Zahl aller im Karlsruher Rheinhafen in Anfuhr und Abfuhr gemeldeten Schiffe ist, abgesehen von einem unbedeutend-n Abstrich von 1929 auf 1930, ständig angewachsen. Im Jahre 1925, das hier wieder zum Vergleich herangezogen ist, waren es noch 3417, im Jahr 1929 stieg die Zahl auf die statistische Höhe von 3880, um dann wieder im Jahr 1930, wie schon betont, auf 3622 zu fallen. Damit wurde in diesen beiden Jahren die letzte zum Vergleich in Betracht kommende Vorkriegszahl von 1913 mit 3609 Schiffen wieder nahezu erreicht.

Wenn man die ein- und auslaufenden Schiffe nach der Flagge, unter der sie fahren, betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1913 liefen im Karlsruher Rheinhafen insgesamt 336 deutsche Schiffe, eine sehr ansehnliche Zahl, aus ein. Sie machten damals nicht weniger als 921 v. H. aller Schiffe in Anfuhr und Abfuhr aus. Im Jahre 1925 waren es nur noch 232 oder 73,5 v. H. 1930 stieg die Zahl zwar auf 403 Schiffe an; von der Gesamtzahl aller Schiffe waren es aber nur noch 60,9 v. H. Auch die Zahl der badischen Schiffe ist erheblich zurückgegangen. Unter den ein- und auslaufenden Schiffen des Jahres 1913 war Baden noch mit 365, also mit mehr als der Hälfte, vertreten. Im Jahre 1925 waren es nur noch 877 (2512 deutsche), im Jahre 1930 wieder 1632 (4036 deutsche). Die Hälfte der deutschen Schiffe wurde also von den badischen in der Nachkriegszeit nicht mehr erreicht.

Diesem Zurückgehen der Schiffe deutscher Flagge im Karlsruher Hafenverkehr steht ein ständiges Anwachsen ausländischer Schiffe gegenüber.

Im Jahre 1923 verkehrten erst 543 außerdeutsche Schiffe oder 7,9 v. H. im Ein- und Ausgange des Karlsruher Hafens. Im Jahre 1925 waren es bereits 905 oder 26,5 v. H. 1930 noch 2086 Schiffe, d. h. 59,1 v. H. Im Jahre 1930 war demnach die ausländische Schiffszahl gegenüber 1925 fast dreimal so hoch; gegenüber dem Vorkriegsjahr 1913 hat sie sich sogar fast verdreifacht. An diesem Anwachen der nicht-deutschen Flagge im Karlsruher Hafenverkehr sind die Niederlande weitans am stärksten beteiligt. Die Zahl ihrer ein- und auslaufenden Schiffe stieg von 324 im Jahre 1913 auf 788 im Jahre 1925 und im Jahre 1930 sogar auf 2004. Die Niederlande bestritten also den Hauptteil des ausländischen Schiffsverkehrs. Die Karlsruhe anlaufenden Schiffe französischer Flagge sind dagegen wenig zahlreich. Sie liefen mit 110 Schiffen im Jahre 1930 gegen 107 im Jahre 1925 kein nennenswertes Anwachen auf. Stärker ist der Verkehr der Schweizer Flagge gestiegen, die sich im Jahre 1913 überhaupt noch nicht in den badischen Oberrheinhäfen gezeigt hatte; sie ist von 46 im Jahre 1925 auf 282 im Jahre 1930 in die Höhe gegangen. Auch Belgien hat eine Steigerung von 14 im Jahre 1925 auf 188 im Jahre 1930 zu verzeichnen. Das bedeutet aber immer noch einen kleinen Rückgang gegen 1913, wo es mit 219 Schiffen vertreten war. Der Schiffsverkehr mit Luxemburg ist unbedeutend. Nicht viel günstiger für die deutsche Rheinschifffahrt wird das Bild, wenn man die Gütermengen, welche in den hier zum Vergleich herangezogenen Jahren 1913, 1925 und 1930 im

Die Tarife des Badenwerks.

Ist eine weitere Verbilligung möglich?

Vom Badenwerk wird uns geschrieben: Vielfach wird in letzter Zeit die Frage aufgeworfen, warum das Badenwerk nicht mit gutem Beispiel vorangehe und die Strompreise den heutigen Verhältnissen anpassen. Hierzu ist folgendes zu sagen: Der Preis im November vorigen Jahres, als die erste Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen wurde, ist das Badenwerk sofort zu einer Strompreiserhöhung seiner Kleinverkaufspreise in Höhe von 6 bis 14 Prozent gezwungen. Die Preise für Großabnehmer waren von heute auf die jeweiligen Kostenpreise absteckend und ermäßigten sich daher bei jeder Kostenpreiserhöhung immer automatisch. Es hat sich hieran nicht geändert, trotzdem es den Einnahmehausfall nur zu einem geringen Teil, nämlich durch eine Senkung seiner Löhne und Gehälter ausgleichen konnte. Die in normalen Zeiten benötigte Hohe, die Einnahmehausfälle könnten durch eine erhöhte Stromabgabe ausgeglichen werden, hat sich leider nicht erfüllt. Der dauernde Rückgang des Wirtschaftsniveaus in der Industrie und dem Gewerbe hat sich dagegen inzwischen naturgemäß in einem Rückgang des Stromabfahrs bemerkbar machen müssen. Aber auch schon vor der von der Reichsregierung im November v. J. eingeleiteten Preislenkungsaktion waren die Verkaufspreise des Badenwerks erheblich gesenkt worden. Seine Durchschnittseinnahmen je Kilowattstunde beispielsweise aus dem Verkauf an Kleinabnehmer gingen von 40 Pfg. im Jahre 1924/25 auf 35 Pfg. im Jahre 1925/26, auf 32 1/2 Pfg. im Jahre 1926/27, auf 31 1/2 Pfg. im Jahre 1927/28, auf 31 Pfg. im Jahre 1928/29 und auf 30 1/2 Pfg. im Jahre 1929/30 zurück; im Jahre 1930/31 betrug sie nur noch 29,96 Pfg. Sie ist also allein seit dem Jahre 1924 um 25 Prozent gefallen. Demgegenüber sind beispielsweise gegenüber dem Jahre 1913 die Kohlenpreise um 29 Proz., die Eisenpreise um 19 Proz., die Fahrpreise der Reichsbahn um mindestens 33 Prozent und die Gebühren der Reichspost sogar noch weit mehr gestiegen. Angesichts dieser Tatsachen ist es verwunderlich, daß immer wieder die Herabsetzung der Strompreise des Badenwerks gefordert wird. Besonders interessant ist dabei, daß diese Forderung auch in Gebieten erhoben wird, die gar nicht vom Badenwerk versorgt werden.

Es erscheint zweckmäßig, hier überhaupt auch einmal die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit das Badenwerk eigentlich seine Strompreise noch verbilligen

kann. Seine Ausgaben werden verursacht durch den Betrieb und die Instandhaltung seiner Werke und Leitungen, durch seine Verwaltung durch Steuern und Zinsen, die notwendige Erneuerung seiner Anlagen und schließlich durch die Ausschüttung einer Dividende auf das Aktienkapital, das sich allein im Besitz des Landes Baden befindet und nicht etwa nur zur Hälfte oder zu 51 Prozent, wie leider trotz aller Aufklärungsarbeit immer wieder, und zwar auch von solchen, die es wissen müßten, angenommen und behauptet wird. Von diesen Ausgaben sind diejenigen für Betrieb und Unterhaltung der Anlagen unwiderruflich. Die durch die häufige Veränderung des Reichspräsidenten verfallene Berechnung der Zinsen erkräftigt sich nicht auf die Anleihen des Badenwerks, die im Ausland aufgenommen werden mußten. Auch die Herabsetzung des Kostenpreises wird keine Ausgabeminderung von Bedeutung bringen, da das Badenwerk fast ausschließlich aus Wasserkraft gewonnenen Strom abgibt. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne sind im Jahre 1931 von 1 798 000 RM. auf 1 610 000 RM. gesunken, das heißt es betrug bei einer Jahresabgabe von rund 320 000 000 Kilowattstunden der Anteil der Gehälter und Löhne an den Gesamtausgaben einer Kilowattstunde im Jahre 1930 0,542 Reichspfenniger; er wird im laufenden Jahre etwa 0,58 RMfa. ausmachen. Es ist eine 20prozentige Senkung der Gehälter und Löhne kann sich wie man sieht nur mit Bruchteilen von Pfennigen auf die Strompreise auswirken. In den monatlichen Stromrechnungen der Kleinabnehmer könnte sich eine solche auch nur in der Größenordnung von 1 bis 2 Pfennigen auswirken. Es wird anzugeben werden müssen, daß sich hierdurch die wirtschaftliche Lage auch des Verbraucherseits sicher nicht spürbar erleichtern lassen würde.

Auch die Dividende wirkt sich auf den Preis der abgegebenen Kilowattstunde nur mit einem Bruchteil eines Pfennigs aus. Sollte man sie übrigens kürzen, so müßte der Staat bei der entsprechenden Finanzlage sich für den Ausfall anderweitig Deckung suchen. Die nicht in dem Verordnungsgebiet des Badenwerks anfallenden badischen Steuerabgaben — und das ist der größere Teil — würden dadurch stärker belastet.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß kein Verbilligungsvorhaben bei nahezu gleichbleibender Belastung und einem gleichzeitigen starken Ansteigen der Einnahmen einen weiteren Abbau seiner Tarife durchführen kann. Nebenfalls wäre, wenn jetzt die Reichsregierung wieder nachdrücklich auf eine stärkere Herabsetzung der öffentlichen Tarife wie der Straßenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke einwirken will, zu wünschen, daß dies nicht schematisch d. h. ohne Berücksichtigung des Preisniveaus geschieht, sondern nur diejenigen betreffen werden, die bis heute noch nicht die gleiche Ermäßigung wie die des Badenwerks erfahren haben. Das Badenwerk hat jedenfalls, wie oben angezeit, immer eine preiswerte und vernünftige Tarifgestaltung für das dringende Gebot gehalten. Ueber die Höhe der monatlichen Stromrechnungen herrschen überhaupt so irrtümliche, geradezu phantastische Vorstellungen, daß es anbracht erscheint, einmal einige Angaben hierüber zu machen. Es hat der sogenannte kleine Mann mindestens zu zahlen: bei einer Lampe 12 Reichspfennige monatlich, d. h. pro Tag 14 Rpfa.; bei zwei Lampen 84 Rpfa. monatlich, d. h. pro Tag 28 Rpfa.; bei drei Lampen 138 Rpfa. monatlich, d. h. pro Tag 46 Rpfa.

Der Monatsbetrag, den der Landwirt beim der Gewerbetreibende mit einem 1,5 bis 2-PS-Motor für Kraft und Licht durchschnittlich bezahlt, schwankt zwischen 4,40 und 5,25 RM. bzw. 15 und 17 1/2 Reichspfennigen täglich.

Ministerialrat Kirchhäner Präsident des Rechnungshofes.

Das Staatsministerium hat Ministerialrat Kirchhäner im Finanzministerium zum Präsidenten des Rechnungshofes (Nachfolger des bisherigen Ministers des Kultus und Unterrichts Dr. Baumgartner) ernannt.

Präsident Kirchhäner stammt aus Neberlingen, wo er am 17. September 1876 geboren wurde. Nach Besuch des Freiburger Gymnasiums, der dortigen Universität und der Technischen Hochschule in Karlsruhe trat er im Herbst 1899 nach Ablegung des Staatsexamens, in das badische Domänenamt ein, wo er nach Beendigung des üblichen Ausbildungsanges im Jahre 1906 als Finanzassessor planmäßig anstellt wurde. Er war dann in den folgenden Jahren in verschiedenen Stellen bei der Zoll- und Steuerverwaltung tätig und wurde am ersten Juli 1919 zum Ministerialrat im Finanzministerium ernannt und im Herbst des gleichen Jahres als Leiter der Präsidialstelle des Landesfinanzamts

Schulfunk im Südfunk.

Erste Versuche Anfang Januar.

Die der Badische Landespressedienst erfährt, nimmt der Süddeutsche Rundfunk, wie dies auch die deutsche und ausländische Sender mit Erfahrung seit Jahren durchgeführt haben, zu Beginn des neuen Jahres den Schulfunk in seinen Arbeitsplan auf. Mit Zustimmung des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts und des württembergischen Kultusministeriums soll vorläufig jeden Samstag mittags von 11.35—12 Uhr, Schulfunk gesendet werden. Geplant ist zunächst je einmal wöchentlich deutsche Sprachproben, Erd- und Vorkenntnisse, Instrumentenfunde und ein Hörspiel. Am Eröffnungstage wird nach einer kurzen allgemeinen Einführung mit Proben

Goethischer Prosa und Lyrik begonnen werden, in der Hauptsache mit Texten, die in den badischen und württembergischen Reisebüchern enthalten sind. Den ersten Monat beschließen am 30. Januar Szenen aus dem Ötztal von Verücklingen. Die Sendungen sollen in erster Linie den oberen Klassen der Volksschulen und der höheren Schulen zugänglich gemacht werden. Allerdings kann weder an die Unterrichtsverwaltungen noch an die Gemeinden zurzeit ein Anspruch auf Beschaffung von Empfangsgeräten gestellt werden. Diejenigen Schulen, die ein eigenes Empfangsgerät besitzen, dürfen aber die erforderlichen Verbindungen im Stundenplan vornehmen.

Preisabbau... schon jetzt... also noch 10% billiger

laut Notverordnung

Schallplatten und Sprechapparate der Qualitätsmarken:

Brunswick-Columbia-Grammophon Die Stimme seines Herrn

Gloria-Homocord-Odeon-Parlophon-Derby

